

Abgeordneter Konrad K o b l e r (CSU) fragt:

Wird die Staatsregierung bei der Bewältigung/Aufklärung der Problematik bei den zwischenzeitlich in Bayern eingestürzten bzw. als schadhaft festgestellten und künftig zu erneuernden Flachdächern in Holzbauweise (Leim- und Nagelbinder) besondere Hilfen gewähren und in Anlehnung an das Hilfsprogramm vor rund 17 Jahren bei den eingestürzten und einsturzgefährdeten Spannbetondecken in Viehställen ebenfalls ein spezielles Hilfsprogramm zur Erforschung als auch Schadensbeseitigung auflegen?

Staatsminister Dr. Günther B e c k s t e i n antwortet:

Der Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall liegt heute – fast auf den Tag genau – einen Monat zurück. Wir alle stehen nach wie vor unter dem Eindruck dieses schrecklichen Ereignisses, das uns alle außerordentlich bewegt und betroffen macht. Die Schadensursache steht bislang noch nicht fest. Alle betreffenden Bauakten befinden sich derzeit bei der Staatsanwaltschaft Traunstein, deren Aufgabe die Ermittlung der möglichen Einsturzursachen ist.

Den weiteren Schadensfällen in Bayern mit Hallendächern, sofern sie uns bekannt wurden, sind wir selbstverständlich nachgegangen. In diesen Fällen zeigte sich ein derartig heterogenes Bild, dass auch hier bis heute keinerlei Folgerungen oder Konsequenzen für bestimmte Hallentypen gezogen werden können. Die betroffenen Hallentypen reichten über Nagel- und Fachwerkbinder bis hin zu Brettschichtholzbindern; in zwei Fällen handelte es sich sogar um Stahl- und Stahlbeton-Konstruktionen. Wir unterrichten uns gründlich über alle uns bekannt gewordenen Schadensfälle und werden sie unter Heranziehung externen wissenschaftlichen Sachverständs gründlich analysieren und bewerten.

Ich warne eindringlich davor, hier voreilige Folgerungen oder Konsequenzen zu ziehen. Ohne eindeutige Fakten können wir keine Bauweisen oder Baustoffe in Misskredit bringen. Selbstverständlich werden wir die weiteren Erkenntnisse und die weitere Entwicklung sorgfältig verfolgen und beobachten und sofort reagieren, wenn dies erforderlich ist. Gleichwohl haben

wir bereits gehandelt und eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Herrn Staatssekretär Georg Schmid eingesetzt, die vorgestern bereits ihre Arbeit aufnahm. Diese Arbeitsgruppe soll unter Beteiligung insbesondere der kommunalen Spitzenverbände und der berührten berufsständischen Verbände die bauaufsichtlichen und bautechnischen Fragen der Angelegenheit und die daraus gegebenenfalls zu ziehenden Folgerungen näher untersuchen.

Bei diesem Sachverhalt sehe ich derzeit keine Veranlassung, etwaig geartete staatliche Hilfen oder staatliche Hilfsprogrammen prüfen zu lassen oder zu versprechen.

Es gilt das gesprochene Wort.